

Deutsches
Stabilitätsprogramm
Aktualisierung Januar 2010

Inhalt

Vorbemerkung.....	3
1 Zusammenfassung.....	4
2 Defizitverfahren in Bezug auf Deutschland.....	5
3 Finanzpolitik in Deutschland: Qualität und Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen	6
3.1 Qualität der öffentlichen Finanzen.....	6
3.2 Die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen.....	11
4 Gesamtwirtschaftliche Lage und Perspektiven bis 2013.....	15
4.1 Annahmen der gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung für 2010 und den mittelfristigen Zeitraum bis 2013	15
4.2 Gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland im Jahr 2009.....	16
4.3 Kurz- und mittelfristige Perspektiven der Gesamtwirtschaft.....	16
5 Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte	19
5.1 Entwicklung des Finanzierungssaldos	19
5.2 Entwicklung von staatlichen Ausgaben und Einnahmen	21
5.3 Entwicklung des strukturellen Finanzierungssaldos und Rückführung des übermäßigen Defizits	23
5.4 Entwicklung des Schuldenstands	24
5.5 Sensitivität der Projektion des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos.....	25
Anhang	26

Tabellen

Tabelle 1: Staatliche Ausgaben in Deutschland in langfristiger Perspektive.....	12
Tabelle 2: Entwicklung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos.....	19
Tabelle 3: Finanzierungssalden nach staatlichen Ebenen	20
Tabelle 4: Entwicklung der Steuer-, Sozialbeitrags- und Abgabenquote	22
Tabelle 5: Entwicklung der Staatsquote.....	23
Tabelle 6: Struktureller Finanzierungssaldo im Vergleich zum tatsächlichen Finanzierungssaldo sowie zum BIP	24
Tabelle 7: Entwicklung der Schuldenstandsquote	25
Tabelle 8: Sensitivität der Projektion des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos.....	25
Tabelle 9: Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2009 bis 2013.....	26
Tabelle 10: Preisentwicklung – Deflatoren.....	28
Tabelle 11: Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt	28
Tabelle 12: Salden der Sektoren.....	29
Tabelle 13: Annahmen	29

Vorbemerkung

Nach den Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sind die Euro-Teilnehmerstaaten verpflichtet, dem ECOFIN-Rat jährlich aktualisierte Stabilitätsprogramme vorzulegen. Das Programm folgt in Format und Inhalt den Vorgaben, die in den Richtlinien zu Form und Inhalt der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme („Verhaltenskodex“) festgelegt wurden.

Die vorliegende Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms wurde am 9. Februar 2010 durch das Bundeskabinett gebilligt. Die jeweilige Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms wird von der Bundesregierung ebenso wie die entsprechende Empfehlung für eine Stellungnahme des Rates zum aktualisierten deutschen Stabilitätsprogramm an die zuständigen Fachausschüsse von Deutschem Bundestag und Bundesrat übermittelt.

Das Bundesministerium der Finanzen veröffentlicht das aktualisierte Stabilitätsprogramm sowie die Programme der vergangenen Jahre auf der Seite: [http:// www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de)

1 Zusammenfassung

- Deutschland verzeichnete im Winterhalbjahr 2008/2009 als Folge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise einen drastischen Konjunkturerinbruch, der die sehr exportorientierte deutsche Industrie besonders stark traf. 2009 ging die Wirtschaftsleistung im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr - trotz Konjunkturerholung im Jahresverlauf - um preisbereinigt 5,0 % zurück. Für 2010 rechnet die Bundesregierung in ihrer Jahresprojektion mit einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von real 1,4 %.
- Die umfassenden Maßnahmenpakete zur Stützung der Finanzmärkte und der Konjunktur haben deutlich zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage und zur Verbesserung der langfristigen Wachstumsperspektiven in Deutschland beigetragen. Die ergriffenen Maßnahmen gegen die Krise und das Wirken der automatischen Stabilisatoren haben aber insgesamt tiefe Spuren in den öffentlichen Haushalten Deutschlands hinterlassen. So verschlechterte sich der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo im vergangenen Jahr auf -3,2 % in Relation zum BIP, in diesem Jahr ist mit einem weiteren Anstieg des Defizits auf rund 5 ½ % zu rechnen.
- Der ECOFIN-Rat hat am 2. Dezember 2009 festgestellt, dass in Deutschland ein übermäßiges Defizit besteht und Empfehlungen zu dessen Abbau ausgesprochen. In den Empfehlungen wird für Deutschland 2011 als Beginn der Konsolidierung bestimmt und ein struktureller Defizitabbau von durchschnittlich mindestens 0,5 % des BIP jährlich gefordert. Bis 2013 muss das Defizit in Deutschland wieder unter den Referenzwert von 3 % in Relation zum BIP zurückgeführt werden.
- Deutschland wird den Empfehlungen des ECOFIN-Rates gerecht werden. Die im Grundgesetz verankerte neue Schuldenregel sichert die dafür unabdingbare Konsolidierungspolitik institutionell ab. Bund und Länder haben sich im Finanzplanungsrat gemeinsam dazu bekannt, ihre Konsolidierungsanstrengungen zukünftig deutlich zu verstärken. Die Bundesregierung wird darauf achten, dass die notwendige Konsolidierung im Einklang mit einer wachstumsfreundlichen Ausrichtung der öffentlichen Finanzen steht.

2 Defizitverfahren in Bezug auf Deutschland

Die Bundesregierung hat im Rahmen der europäischen Haushaltsüberwachung der Europäischen Kommission am 30. September 2009 für das Jahr 2009 einen voraussichtlichen gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo von -3,7 % des BIP gemeldet. Die Herbstprognose der Kommission vom 3. November 2009 ging für 2009 von einem Defizit in Höhe von 3,4 % des BIP aus. Dies stellt eine ebenso abrupte wie gravierende Verschlechterung gegenüber dem ausgeglichenen gesamtstaatlichen Haushalt des Jahres 2008 dar. Diese Entwicklung ist vor allem auf die Entscheidung zurückzuführen, angesichts der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise die automatischen Stabilisatoren voll wirken zu lassen und die konjunkturelle Entwicklung durch Maßnahmenpakete als Teil des Europäischen Konjunkturprogramms zu unterstützen.

Die prognostizierte Überschreitung des Maastricht-Defizitreferenzwertes von 3 % in Relation zum BIP löste nach den einschlägigen Regelungen des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) sowie des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ein Defizitverfahren in Bezug auf Deutschland aus. Aktuell befinden sich zusammen mit Deutschland 20 der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union in einem Defizitverfahren. Dies verdeutlicht die ernste Bewährungsprobe, vor der der Stabilitäts- und Wachstumspakt derzeit steht. Aus deutscher Sicht ist der Pakt ein unverzichtbarer Pfeiler einer stabilen und erfolgreichen Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Es ist Aufgabe aller Mitgliedstaaten, glaubwürdig dazu beizutragen, dass der Pakt diese Bewährungsprobe besteht.

Am 20. Oktober 2009 hat der ECOFIN-Rat Schlussfolgerungen verabschiedet, die eine koordinierte Strategie für den Ausstieg aus den Paketen zur Stimulierung der Wirtschaft im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes vorsehen. Diese Strategie soll flankiert werden von einer Verbesserung der nationalen Haushaltsgesetzgebung, von Maßnahmen zur Stärkung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und von strukturellen Reformen zur Steigerung des Wirtschaftswachstums.

Der ECOFIN-Rat hat am 2. Dezember 2009 nach Artikel 126 AEUV festgestellt, dass in Deutschland ein übermäßiges Defizit besteht und Empfehlungen zu dessen Abbau ausgesprochen. Dabei berücksichtigte der Rat die besondere Situation aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise und die koordinierte Reaktion im Rahmen des Europäischen Konjunkturprogramms. Deutschland wird aufgerufen, die in diesem Zusammenhang beabsichtigten Maßnahmen 2010 wie geplant durchzuführen. In den Empfehlungen wird für Deutschland 2011 als Beginn der Konsolidierung bestimmt und ein durchschnittlicher struktureller Defizitabbau von mindestens 0,5 % des BIP jährlich gefordert. Bis 2013 muss das Defizit in Deutschland wieder unter den Referenzwert zurückgeführt werden. Bis zum 2. Juni 2010 soll Deutschland darlegen, wie den Empfehlungen Rechnung getragen wurde.

Es besteht breiter Konsens darüber, dass die Maßnahmen im Bereich der Konjunkturstimulierung und Wachstumsbelebung notwendig und wirkungsvoll waren. Verantwortliche Finanzpolitik darf daraus aber keine dauerhafte Belastung für die öffentlichen Haushalte werden lassen. Die Sanierung der öffentlichen Haushalte ist die zentrale finanzpolitische Aufgabe der nächsten Jahre. Deutschland verfolgt weiterhin das mittelfristige Ziel eines strukturell nahezu ausgeglichenen Staatshaushaltes. Die im Grundgesetz verankerte neue Schuldenregel sichert dieses Ziel und die dafür unabdingbare Konsolidierungspolitik institutionell ab.

3 Finanzpolitik in Deutschland: Qualität und Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen

Solide öffentliche Finanzen eröffnen staatliche Handlungsspielräume auch für kommende Generationen, sie sind notwendige Voraussetzung für Vertrauen in einen handlungsfähigen Staat und dauerhaft günstige Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen. Umgekehrt gilt ebenso: Wirtschaftswachstum und ein Anstieg der Beschäftigung schaffen die besten Voraussetzungen für tragfähige öffentliche Finanzen.

3.1 Qualität der öffentlichen Finanzen

Die Diskussion über die Qualität der öffentlichen Finanzen zielt auf eine Erhöhung des Wachstumspotenzials durch eine nachhaltig wachstumsfördernde Ausgestaltung öffentlicher Ausgaben und Einnahmen ab. Dazu zählt die Stärkung des Wachstumspotenzials durch eine möglichst effiziente und wachstumsorientierte Verwendung öffentlicher Mittel auf der Ausgabenseite sowie die Entlastung von Bürgern und der Wirtschaft von Steuern und Abgaben. Quantitative und qualitative Konsolidierung ergänzen einander: Solide finanzierte öffentliche Haushalte sind eine entscheidende Voraussetzung, um verstärkt Akzente in zukunftsorientierten Bereichen setzen zu können. Auch fiskalpolitische Regeln und Institutionen, die etwa eine stärkere Ergebnisorientierung im Budgetprozess gewährleisten, spielen hierbei eine wichtige Rolle.

Qualität der Ausgabenseite

Bildung und Forschung sind eine Grundlage für die Erhöhung des Wachstumspotenzials. Eine Bildungspolitik, die Aufstiegschancen schafft, sichert den langfristigen gesellschaftlichen Zusammenhalt, schützt vor Arbeitslosigkeit und erhöht die Produktivität. Innovationen erhöhen den Wohlstand durch mehr Wachstum und Beschäftigung und dienen gleichzeitig der Lösung globaler Herausforderungen. Entsprechend steigerten Bund und Länder in den vergangenen Jahren die Ausgaben für Bildung und Forschung. Diese Ausgaben werden im Zeitraum 2010 bis 2013 allein durch den Bund insgesamt um weitere 12 Mrd. € verstärkt. Damit die Ausgaben für Bildung und Forschung insgesamt bis 2015 auf 10 % des BIP steigen können, müssen auch Länder und Unternehmen ihre Beiträge leisten. Ferner sind ein effizienter Einsatz der vorhandenen Mittel und eine innovationsfreundliche Gestaltung der Rahmenbedingungen notwendig.

Die umfassenden Maßnahmenpakete zur Stützung der Finanzmärkte und der Konjunktur haben deutlich zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage und zur Verbesserung der langfristigen Wachstumsperspektiven in Deutschland beigetragen. Das Gesamtvolumen der Maßnahmen (Ausgaben- und Einnahmenseite) beläuft sich auf über 100 Mrd. €. Zusätzlich sind die automatischen Stabilisatoren voll wirksam.

Die zusätzliche Investitionstätigkeit von Bund und Ländern ermöglicht den Erhalt von Arbeitsplätzen und stärkt die Wachstumsgrundlagen durch die Verbesserung der Bildungsinfrastruktur. Die Investitionsmaßnahmen erfolgen dabei unter besonderer Berücksichtigung von Klimaschutz und Energieeffizienz. Im Zuge der Krise sind erhöhte Ausgaben im Bereich des Arbeitsmarktes zu verzeichnen, so durch verbesserte Bedingungen bei der Kurzarbeit oder die Qualifikationsoffensive für Arbeitnehmer und die Absenkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Zudem wird die

Bundesregierung 2010 krisenbedingte Belastungen für die Arbeitslosenversicherung und die gesetzliche Krankenversicherung aus Haushaltsmitteln abfedern, um 2010 die paritätisch finanzierten Sozialversicherungsbeiträge unter 40 Prozent vom Lohn zu halten (siehe auch Kapitel 3.2). Die Finanzmarktkrise hat in Deutschland die Unternehmensfinanzierung beeinträchtigt. Insbesondere mittelständische Unternehmen sind stark von einer funktionierenden Kreditfinanzierung abhängig. Mit dem Wirtschaftsfonds Deutschland wurden Instrumente geschaffen, die den Finanzierungsbedürfnissen insbesondere des Mittelstandes entsprechen.

Insbesondere die investiven Ausgaben aus dem Konjunkturpaket II wurden in dem „Investitions- und Tilgungsfonds“ mit eigener Kreditermächtigung gebündelt. Seine Schulden werden in künftigen Jahren mit einem Anteil des Bundesbankgewinns getilgt. Der Finanzmarktstabilisierungsfonds („SoFFin“), dient der unverzichtbaren Stabilisierung des Finanzmarktes. Ihm stehen Ermächtigungen für die Übernahme von Garantien in Höhe von 400 Mrd. € und Kreditermächtigungen für Rekapitalisierungsmaßnahmen und Risikoübernahmen in Höhe von 80 Mrd. € zur Verfügung. Stabilisierungsmaßnahmen des SoFFin sind vorbehaltlich der beihilferechtlichen Genehmigung durch die EU Kommission noch bis Ende 2010 möglich. Anschließend ist der Fonds abzuwickeln und aufzulösen. Der Bund hat nach der Abwicklung 65 %, die Länder haben 35 % der gegebenenfalls anfallenden Kosten zu tragen. Bisher sind keine Verluste für den Bund angefallen. Die Stabilisierungsmaßnahmen des Fonds werden angemessen vergütet. Die Kosten der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) für die Verwaltung des SoFFin konnten in 2009 vollständig aus den Antragsgebühren der FMSA gedeckt werden.

Der Qualität der öffentlichen Finanzen dient auch eine Subventionspolitik, die (ausgabenseitige) Finanzhilfen und (einnahmenseitige) Steuervergünstigungen systematisch unter gesamtwirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Aspekten überprüft. Eine konsequente Analyse aller Subventionen erhöht den Rechtfertigungsdruck für diese selektiven Maßnahmen und trägt damit zu einem ökonomisch und finanzpolitisch sinnvollen mittelfristigen Abbau von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen bei.

Die ergriffenen Maßnahmen gegen die Krise und das Wirken der automatischen Stabilisatoren haben insgesamt tiefe Spuren in den öffentlichen Haushalten Deutschlands hinterlassen. Bund und Länder haben sich im Finanzplanungsrat gemeinsam dazu bekannt, ihre Konsolidierungsanstrengungen zukünftig deutlich zu verstärken. Bei der Aufstellung des Bundeshaushaltes 2011 und des Finanzplans bis 2014 wird die Bundesregierung die erforderlichen Konsolidierungsschritte vorsehen. Im Koalitionsvertrag ist hierzu festgehalten, dass alle staatlich übernommenen Aufgaben auf ihre Notwendigkeit hin überprüft werden und jeder Ausgabenbereich einen entsprechenden Konsolidierungsbeitrag leisten muss. Die Bundesregierung wird darauf achten, dass die notwendige Konsolidierung im Einklang mit einer wachstumsfreundlichen Ausrichtung der öffentlichen Finanzen steht.

Qualität der Einnahmeseite

Die Steuerpolitik muss in den nächsten Jahren zwei Ziele ausbalancieren: Sie muss zum einen die Finanzierung staatlicher Aufgaben sichern und zum anderen Wachstumskräfte mobilisieren. Die Bundesregierung beabsichtigt deshalb, das Steuersystem deutlich zu vereinfachen und zu modernisieren sowie in diesem Zusammenhang Bürger und Wirtschaft nachhaltig zu entlasten. Eine konjunkturgerechte und wachstumsfördernde Steuerpolitik muss in Krisenzeiten die Belastung von Unternehmen und Privathaushalten senken, um den Grundstein für mehr Konsum und Investitionen zu schaffen. Deshalb hat die Bundesregierung mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz zum 1. Januar 2010

Familien entlastet, indem Kindergeld und Kinderfreibeträge - zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres - deutlich erhöht wurden.

Bereits mit den Konjunkturpaketen wurde die Einkommensteuerbelastung spürbar abgesenkt - zum einen durch die Anhebung des Grundfreibetrages in zwei Stufen zum 1. Januar 2009 sowie zum 1. Januar 2010 um jeweils 170 €, zum anderen durch die Senkung des Eingangsteuersatzes ab dem 1. Januar 2009 von 15 % auf 14 %. Außerdem wurde ebenfalls in zwei Stufen eine „Rechtsverschiebung“ der Tarifeckwerte durchgeführt. Mit diesen Maßnahmen werden die Bürgerinnen und Bürger um rund 3,1 Mrd. € im Jahr 2009 und rund 5,8 Mrd. € im Jahr 2010 entlastet. Es profitieren insbesondere Geringverdiener, und der Anreiz zur Arbeitsaufnahme für bisher nicht Beschäftigte wird gestärkt. Das Gesetz zur verbesserten steuerlichen Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen (Bürgerentlastungsgesetz) belässt ab 2010 Bürgerinnen und Bürgern weitere rund 10 Mrd. € jährlich von ihrem Lohn oder Einkommen.

Bei der Unternehmensbesteuerung schafft die Bundesregierung nochmals zusätzliche Investitionsanreize. Bereits ab 2009 sind Erleichterungen für Unternehmen in einem Volumen von insgesamt etwas mehr als 2,5 Mrd. € in Kraft getreten. Darüber hinaus sind im Rahmen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes insbesondere folgende Erleichterungen vorgesehen:

- Dauerhafte Einführung der höheren Freigrenze von 3 Mio. € bei der Zinsschranke und Flexibilisierung der Escape-Klausel für Konzerne.
- Änderungen der Lohnsummenklausel und des Behaltenszeitraumes für Unternehmen im Bereich der Erbschaft- und Schenkungsteuer.
- Absenkung des Umsatzsteuersatzes bei Beherbergungsleistungen auf 7 Prozent.
- Fortführung der körperschaftsteuerlichen Sanierungsklausel.
- Verbesserungen beim Verlustabzug.
- Sofortabschreibung von geringwertigen Wirtschaftsgütern.

Zusammen gerechnet mit den steuerlichen Maßnahmen, die bereits in der letzten Legislaturperiode beschlossen wurden, werden Bürger und Unternehmen ab 2010 um über 24 Mrd. € entlastet. Die Bundesregierung wird die Leistungsbereitschaft aller Bürger weiter stärken, indem sie ihnen mehr Freiräume gibt: Sie wird Bürokratie abbauen und sich für ein einfacheres Steuersystem mit niedrigeren Steuersätzen einsetzen. Dafür wird sie insbesondere die unteren und mittleren Einkommensbezieher vorrangig entlasten und gleichzeitig den Mittelstandsbauch abflachen, indem sie den Einkommenssteuertarif zu einem Stufentarif umbaut. Zahl und Verlauf der Stufen werden unter Berücksichtigung dieses Ziels entwickelt. Der Tarif soll möglichst zum 01.01.2011 in Kraft treten. Dabei werden sowohl die wirtschaftliche Entwicklung und ihre Auswirkungen auf die Perspektiven für die öffentlichen Haushalte sowie die Realisierung von strukturellen Einsparungen beachtet, um die notwendigen Handlungsspielräume im Einklang mit den europäischen und verfassungsrechtlichen Haushaltsregeln zu schaffen.

Institutionelle Rahmenbedingungen

Die institutionellen Rahmenbedingungen werden oft als ein wesentlicher Erfolgsfaktor für tragfähige öffentliche Haushalte und eine hohe Qualität der öffentlichen Finanzen identifiziert, so auch in den Schlussfolgerungen des ECOFIN-Rates vom 20. Oktober 2009. Nach dem Inkrafttreten der ersten Stufe der Föderalismusreform im Jahr 2006, die etwa den Abbau von Zuständigkeitsverflechtungen beinhaltete, wurden - als zentrale Maßnahme der Föderalismusreform II - für Bund und Länder

gemeinsam geltende Regelungen zur Begrenzung der Kreditaufnahme verfassungsrechtlich festgeschrieben. Die Neuregelungen traten im August 2009 in Kraft und werden ab dem Haushaltsjahr 2011 Anwendung finden. Die Reform der Verschuldungsregeln für den Bund folgt dem Konzept des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes und beinhaltet als Kernelemente:

- Grundsatz strukturell zumindest nahezu ausgeglichener Haushalte.
- Effekte konjunktureller Schwankungen auf die öffentlichen Haushalte werden über den gesamten Konjunkturzyklus hinweg symmetrisch berücksichtigt.
- Ausnahmeregelung für außergewöhnliche Notsituationen, Inanspruchnahme nur in Verbindung mit einem entsprechenden Tilgungsplan.
- Durchsetzung der Regel im Haushaltsvollzug beim Bund mittels eines Kontrollkontos.

Vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise wurden Übergangsregelungen bis einschließlich 2015 (Bund) bzw. 2019 (Länder) vereinbart. Der Bund ist zur Rückführung des im Jahr 2010 bestehenden strukturellen Defizits in gleichmäßigen Schritten unter die ab 2016 geltende 0,35 %-Grenze verpflichtet. Für die Länder ist ab 2020 keine strukturelle Verschuldung mehr zulässig.

Eng mit der Reform der Verschuldungsregel verknüpft ist die Einführung eines bundesstaatlichen Frühwarnsystems zur Vermeidung künftiger Haushaltsnotlagen. Hierzu wird ein Stabilitätsrat errichtet, der 2010 seine Arbeit aufnehmen und die Entwicklung der Haushalte von Bund und Ländern überwachen wird. Er wird außerdem die fortzuführenden Aufgaben des Finanzplanungsrates übernehmen und diesen insoweit ersetzen. Dazu zählt auch die innerstaatliche Umsetzung der Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aufgrund des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

In den finanzpolitischen „Goldenen Regeln“ des Koalitionsvertrages wurde unter anderem festgehalten, dass bei der Haushaltsaufstellung wichtige Eckwerte vorab verbindlich durch das Bundeskabinett vorgegeben werden. Zudem sollen sich politische Zielsetzungen stärker als bisher an qualitativen und nicht mehr nur an quantitativen Vorgaben orientieren. Staatsaufgaben und Staatsausgaben müssen nicht nur regelmäßig auf ihre Notwendigkeit, sondern auch auf ihre Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit überprüft werden. Die finanziellen Auswirkungen haushaltspolitischer Entscheidungen sollen transparenter dargestellt werden, indem der Ressourcenverbrauch erfasst und ausgewiesen wird. Zur Implementierung einer verstärkten Ergebnis- und Ressourcenorientierung in den Haushaltsprozess wurde bereits im Oktober 2006 ein Projekt zur Modernisierung des Haushalts- und Rechnungswesens des Bundes (Projekt MHR) im Bundesministerium der Finanzen eingerichtet. Die Projektgruppe hat das Reformkonzept im Juni 2009 öffentlich vorgestellt, dessen Kern ein kameraler Produkthaushalt mit Ressourcenverbrauchsdaten und fachlichen Kennzahlen ist. Die Daten werden auf Basis einer Finanzbuchhaltung und einer flächendeckenden Kosten- und Leistungsrechnung generiert und zusammengestellt. Die Ressourcendaten ermöglichen auch eine vervollständigte Vermögensrechnung des Bundes. Das Konzept wird bis 2013 im Rahmen einer Pilotphase mit drei Bundesministerien erprobt.

Wesentliche Reformen zur Stärkung der Wachstumsdynamik

Neben den Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Finanzen tragen weitere Reformen dazu bei, das Wachstumspotenzial zu stärken. So wird die Bundesregierung die Bedingungen für unternehmerische Dynamik verbessern, indem sie den Wettbewerb auf den Märkten stärkt, die Unternehmen von bürokratischen Hemmnissen entlastet und sie bei ihren Aktivitäten auf den globalen Märkten unterstützt. Sie hat sich mit dem Programm „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“ verpflichtet, bestehende Bürokratielasten aufgrund von Informationspflichten bis 2011 um 25% netto (gegenüber

2006) zu reduzieren. Das Insolvenzrecht soll reformiert und noch stärker auf die frühzeitige Restrukturierung und Sanierung von Unternehmen ausgerichtet werden.

Um die Voraussetzungen für den Wettbewerb weiter zu verbessern, die Bundesregierung das „Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ (GWB) novellieren. In einem ersten Schritt wird sie zur Vervollständigung der kartellbehördlichen Befugnisse die Möglichkeit der Entflechtung als ultima ratio in das GWB einführen. In einem zweiten Schritt wird das GWB weiterentwickelt, um Zielrichtung und Grundgedanken eines modernen, dynamischen Wettbewerbsrechts deutlicher zu akzentuieren und seine Durchsetzung effizient zu gestalten. Die Bundesregierung wird weiter das Vergaberecht öffentlicher Aufträge reformieren und straffen. Ziel ist ein offener, transparenter und fairer Wettbewerb um öffentliche Aufträge.

Bis Herbst 2010 wird die Bundesregierung ein Energiekonzept vorlegen mit szenarienbezogenen Leitlinien für eine saubere, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung. Sie wird zudem ein neues Energieforschungsprogramm präsentieren, das in wichtigen Zukunftsbereichen wie Energieeffizienz- und Speichertechnologien, erneuerbaren Energien, intelligenter Netztechnik und Biokraftstoffen der zweiten Generation Schwerpunkte setzen wird. Erneuerbare Energien müssen markt- und speicherfähig werden, damit sie langfristig den Hauptanteil an der Energieversorgung übernehmen können. Bis dahin wird aber die Kernenergie wesentlicher Teil eines ausgewogenen Energiemixes sein. Die Bundesregierung wird 2010 die Wirksamkeit und Kosteneffizienz der im Rahmen des „Integrierten Energie- und Klimapakets“ beschlossenen Maßnahmen überprüfen und ggf. nachsteuern. Um den Wettbewerb auf dem deutschen Gasmarkt zu intensivieren, wird sie die Gasnetzzugangsverordnung neu fassen und den Zugang zu vorhandenen Kapazitäten im Gasnetz verbessern.

Zur Sicherung einer langfristig effektiven und effizienten Arbeitsmarktpolitik sollen die Arbeitsmarktinstrumente einer Prüfung unterzogen und ihre Zahl deutlich reduziert werden. Der Abschluss befristeter Arbeitsverträge wird erleichtert. Auch werden Änderungen der Freibetragsregelungen für Empfänger von Leistungen der Grundsicherung geprüft; Ziel ist es, Anreize zur Aufnahme einer voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zu erhöhen und die öffentlichen Haushalte zu entlasten. Ferner soll insbesondere durch den Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf erzielt werden.

Eine Reihe von Maßnahmen zur nachhaltigen Stabilisierung des Finanzsystems ist bereits umgesetzt bzw. vorgesehen. Die Regulierung soll so ausgeweitet werden, dass künftig alle Finanzinstitute, -produkte und -märkte einer angemessenen Aufsicht unterliegen, Kreditinstitute und Wertpapierfirmen eine ausreichende Eigenkapitalausstattung erreichen und das Eingehen zu hoher Geschäftsrisiken vermieden wird. Die Bundesregierung wird die deutsche Bankenaufsicht in Zukunft bei der Deutschen Bundesbank zusammenführen und damit die Bankenaufsicht in Deutschland verbessern. Außerdem sind gesetzliche Maßnahmen geplant, um künftig die Finanzmarktstabilität auch bei Schiefagen großer Kreditinstitute nachhaltig zu sichern. Im Dezember 2009 hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) die aufsichtsrechtlichen Vorgaben zu Vergütungsfragen für Banken und Versicherungen verschärft. Weitergehende gesetzliche Regelungen sind in Vorbereitung.

Die 1994 erfolgreich begonnene Bahnreform mit staatlicher Verantwortung für die Infrastruktur und privatrechtlicher Organisation der Deutschen Bahn AG wird weitergeführt. Sobald der Kapitalmarkt dies zulässt, wird eine schrittweise, ertragsoptimierte Privatisierung der Transport- und Logistiksparten eingeleitet. Die Infrastruktursparten werden nicht privatisiert, weil sie im Zusammenhang mit der

staatlichen Infrastrukturverantwortung stehen. Um den Wettbewerb auf der Schiene zu verbessern, wird das Regulierungsrecht im Allgemeinen Eisenbahngesetz überarbeitet.

Auch auf globaler Ebene beteiligt sich die Bundesregierung aktiv an der Sicherstellung eines nachhaltigen Wachstumsprozesses. Die Bundesregierung wird die Beschlüsse der vergangenen G8- und G20-Gipfeltreffen – etwa zu Regulierung der internationalen Finanzmärkte – verantwortungsvoll umsetzen und wo nötig ihre Umsetzung im Kontext der Europäischen Union und anderer Foren unterstützen. Im Rahmen der G20 setzt sich die Bundesregierung zudem für einen international koordinierten Ausstieg aus den getroffenen Maßnahmen zur Konjunkturstützung und Finanzmarktstabilisierung ein. Daneben kooperiert die Bundesregierung eng mit den anderen G20-Staaten bei der Umsetzung des beim G20-Gipfel in Pittsburgh vereinbarten Rahmenwerks für ein starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum. Um der Gefahr künftiger Krisen durch einen geeigneten internationalen Ordnungsrahmen entgegenwirken zu können, haben die G20 in Pittsburgh die deutsche Initiative für eine Charta für nachhaltiges Wirtschaften unterstützt. Die Bundesregierung wird sich im Rahmen des G20-Prozesses dafür einsetzen, dass die Arbeiten an der Charta zielgerichtet fortgesetzt werden.

3.2 Die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen

Die Veränderungen von Struktur und Größe der Bevölkerung stellen für die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte eine große Herausforderung dar. Sowohl auf nationaler Ebene als auch auf EU-Ebene werden in einem mehrjährigen Turnus langfristige Budgetprojektionen in Hinblick auf die zu erwartende Bevölkerungsentwicklung erstellt. Im Sommer 2009 wurden die Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit von Europäischer Kommission und Mitgliedstaaten veröffentlicht (Ageing Report 2009) und vom ECOFIN-Rat gebilligt.

Die Bevölkerungsvorausberechnungen für Deutschland gehen von niedrigen Geburtenraten bei gleichzeitig weiter wachsender Lebenserwartung aus. Der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) nimmt ab, während der Anteil der Personen zunimmt, die 65 Jahre und älter sind. Hieraus folgt ein erheblicher Anstieg des Altenquotienten: Standen im Jahr 2007 100 Einwohnern im erwerbsfähigen Alter knapp 30 Personen gegenüber, die 65 Jahre oder älter waren, dürften es 2060 fast doppelt so viele sein. Der Rückgang der Personen im erwerbsfähigen Alter verringert die Zahl der potentiell dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Personen. Diesem Trend wird durch den Anstieg der Erwerbsbeteiligung entgegengewirkt. In der Projektion steigt die Erwerbsbeteiligung der 15 bis 64jährigen von ca. 76 % im Jahr 2007 auf 80 % im Jahr 2020 und verharrt auf diesem Wert bis zum Ende der Projektionsperiode. Der Anstieg bis 2020 ist vor allem auf die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung der 55 bis 64jährigen zurückzuführen. Dies ist auch ein Ergebnis der Bemühungen der Bundesregierung zur Einschränkung der Frühverrentung, der Verbesserung der Qualifizierungsmöglichkeiten älterer Erwerbstätiger („lebenslanges Lernen“) und der Verbesserung des Arbeitsplatzangebots für ältere Erwerbstätige. Die stufenweise Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre führt zudem im Projektionszeitraum zu einem erheblichen Anstieg der Erwerbsbeteiligung von knapp 7 % der 65 bis 71jährigen im Jahr 2007 auf fast 24 % im Jahr 2050.

Der zunehmende Anteil der Bevölkerung über 65 Jahren führt zu einem Anstieg der Alterssicherungsausgaben von 10,4 % des BIP in 2007 auf 12,8 % in 2060. Der Anstieg wird gebremst durch die erwähnten Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung, durch die Einführung des Nachhaltig-

keitsfaktors bei der Anpassung der Altersrenten und die Erhöhung des Regelrenteneintrittsalters. Zudem steigen auch die Beitragseinnahmen von 7,2 % des BIP im Jahr 2007 auf 8,6 % im Jahr 2060. Die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben der Alterssicherung steigt in diesem Zeitraum daher nur leicht um 1 % des BIP. Dieser Anstieg ist überwiegend durch die steigenden Ausgaben für die Beamtenversorgung, denen keine Beitragseinnahmen gegenüber stehen, begründet.

Neben dem Prozess der gesellschaftlichen Alterung sind auch der Gesundheitsstatus der Bevölkerung und die Entwicklung der Kostenstruktur im Gesundheitswesen wesentliche Einflussfaktoren für die Ausgaben für Gesundheit. Für die Projektion wurden mehrere Varianten zur Entwicklung der Gesundheitsausgaben gerechnet und eine mittlere Variante ausgewählt, nach der die Gesundheitsausgaben von 2007 bis 2060 (als Anteil am BIP) um 1,8 Prozentpunkte wachsen werden. In der Projektion wird daneben eine Steigerung der Pflegeausgaben um 1,5 BIP-Prozentpunkte angenommen.

Die Bildungsausgaben fallen von 3,9 % des BIP im Jahr 2007 geringfügig auf 3,5 % im Jahr 2060. Nicht berücksichtigt wurden hierbei die Bemühungen von Bund und Ländern um eine Erhöhung der Bildungsbeteiligung und das Erreichen höherer Bildungsabschlüsse. Zudem haben Bund und Länder anlässlich des Bildungsgipfels im Oktober 2008 vereinbart, dass der Anteil der öffentlichen und privaten Ausgaben für Bildung und Forschung bis 2015 auf 10% des BIP gesteigert werden soll (siehe auch Kapitel 3.1).

Tabelle 1: Staatliche Ausgaben in Deutschland in langfristiger Perspektive

	2007	2015	2020	2030	2040	2050	2060
Ausgaben in % des BIP							
Alterssicherungsausgaben ¹	10,4	10,1	10,5	11,5	12,1	12,3	12,8
nachrichtlich: Beitragseinnahmen ²	7,2	6,7	6,9	7,8	8,3	8,4	8,6
Gesundheitsausgaben ³	7,4	7,9	8,1	8,5	9,0	9,2	9,2
Pflegeausgaben ⁴	0,9	1,1	1,2	1,4	1,8	2,2	2,4
Bildungsausgaben ⁵	3,9	3,4	3,2	3,3	3,4	3,4	3,5
Arbeitslosenversicherung ⁶	0,9	0,8	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Annahmen							
Produktivitätsfortschritt in %	1,5	1,6	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7
BIP-Wachstum in %	0,9	1,9	1,5	1,3	1,1	1,0	1,0
Bevölkerung von 15 bis 64 in %	66,3	65,9	64,6	59,7	56,7	56,2	55,0
Erwerbsbeteiligung (15 bis 64) in %	76,2	78,7	79,1	79,3	80,2	79,7	79,8
Erwerbsbeteiligung (55 bis 64) in %	57,3	67,6	69,9	70,5	74,7	73,9	73,9
Erwerbsbeteiligung (65 bis 71) in %	6,5	10,1	14,5	19,1	21,9	23,8	22,9
Erwerbslosenquote	8,4	7,1	6,2	6,2	6,2	6,2	6,2
Altenquotient	29,9	32,2	35,3	46,2	54,7	56,4	59,1
Bevölkerung insgesamt (Mio.)	82,3	81,9	81,5	80,2	77,8	74,5	70,8
Bevölkerung 65+ (Mio.)	16,3	17,4	18,6	22,1	24,2	23,6	23,0

Quellen: Wirtschaftspolitischer Ausschuss der EU (WPA) und EU-Kommission (Ageing Report 2009)

EU-Kommission (Sustainability Report 2009)

¹ Gesetzliche Rentenversicherung und Beamtenversorgung, ² Gesetzliche Rentenversicherung, ³ öffentliche Gesundheitsausgaben,

⁴ Gesetzliche Pflegeversicherung und Hilfe zur Pflege im Rahmen der Sozialhilfe. Die unterstellte Dynamisierung der Pflegeleistungen in Höhe des Anstiegs des BIP/Erwerbstätigen entspricht nicht der aktuellen Gesetzeslage. Auf Basis des geltenden Rechts mit einer mittelfristigen Leistungsdynamisierung in Höhe der allgemeinen Inflationsrate kommt der Ageing Report 2009 zu einem Anstieg auf max. 1,1 % des BIP in 2050, ⁵ ohne Bildungsausgaben der Bundesagentur für Arbeit, ⁶ Lohnersatzleistungen

Die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung werden nur in der ersten Dekade des Projektionszeitraums von 0,9 % des BIP auf 0,6 % sinken und dann auf diesem Niveau verharren. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass die strukturelle Arbeitslosigkeit langfristig auf einem relativ hohen Niveau ver-

harrt. Im Gegensatz hierzu nahm z.B. die Rürup-Kommission in ihren Rechnungen an, dass u. a. wegen der Verknappung des Angebots des Faktors Arbeit die Zahl der Erwerbslosen langfristig deutlich zurückgeht.

Der demografische Wandel wird die altersabhängigen Ausgaben im Projektionszeitraum auf ein deutlich höheres Niveau als im Ausgangsjahr heben. In Deutschland wurden in den vergangenen Jahren bereits erhebliche Anstrengungen unternommen, um die Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu begrenzen. Diesen Kurs gilt es auch in den nächsten Jahren fortzusetzen.

Reformen in den sozialen Sicherungssystemen

Der Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ist im Rahmen des Konjunkturpakets II zum 1. Juli 2009 um 0,6 Prozentpunkte gesenkt worden, um insbesondere Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu entlasten und damit einen Beitrag zur Überwindung der Krise zu leisten. Dies wurde durch eine weitere Anhebung des Bundeszuschusses ermöglicht. Darüber hinaus ist im Entwurf eines Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetzes als kurzfristige Maßnahme vorgesehen, krisenbedingte Einnahmeausfälle der GKV aus Haushaltsmitteln aufzufangen. Dafür erhält der Gesundheitsfonds nach dem Gesetzentwurf neben dem Bundeszuschuss zur pauschalen Abgeltung für gesamtgesellschaftliche Ausgaben in Höhe von 11,8 Mrd. € 2010 einmalig einen zusätzlichen Bundeszuschuss in Höhe von 3,9 Mrd. €. Die GKV soll somit in diesem Jahr Steuermittel in Höhe von insgesamt 15,7 Mrd. € erhalten. In 2011 wird der Bundeszuschuss zur pauschalen Abgeltung für gesamtgesellschaftliche Ausgaben 13,3 Mrd. € betragen. Zugleich gilt es, unnötige Ausgaben im Gesundheitssystem zu vermeiden. Die Bundesregierung wird den Wettbewerb um innovative und effiziente Lösungen im Gesundheitswesen durch verbesserte Rahmenbedingungen stärken.

Auch in Zukunft sollen alle Menschen unabhängig vom Einkommen, Alter, sozialer Herkunft und gesundheitlichem Risiko die notwendige medizinische Versorgung qualitativ hochwertig und wohnortnah erhalten. Struktur, Organisation und Finanzierung der GKV sollen aufgrund des medizinischen Fortschritts und des demografischen Wandels angepasst werden. Das Finanzierungssystem der GKV soll langfristig in ein System mit mehr Beitragsautonomie, regionalen Differenzierungsmöglichkeiten und einkommensunabhängigen Arbeitnehmerbeiträgen, die sozial ausgeglichen werden, überführt werden. Um die Entwicklung von Gesundheits- und Lohnzusatzkosten weitgehend zu entkoppeln, soll der Arbeitgeberbeitrag zur GKV fest bleiben. Die Bundesregierung wird im März 2010 eine Regierungskommission zur Erarbeitung von Vorschlägen für eine nachhaltige und sozial ausgewogene Finanzierung des Gesundheitswesens einsetzen.

Das zum 1. Juli 2008 in Kraft getretene Pflege-Weiterentwicklungsgesetz hat die häusliche Versorgung gestärkt. Der langjährige Trend einer Zunahme des Anteils der vollstationären Versorgung hat sich 2009 nicht fortgesetzt. Die aktuelle Finanzsituation der sozialen Pflegeversicherung ist mit einem voraussichtlichen Überschuss von knapp 1 Mrd. € im Jahr 2009 relativ günstig. Gleichwohl führt die aktuelle Wirtschaftskrise auch in der Pflegeversicherung zu Mindereinnahmen gegenüber früheren Schätzungen. Der zum 1. Juli 2008 um 0,25 Prozentpunkte auf 1,95 % angehobene Beitragssatz reicht aber voraussichtlich zur Finanzierung der beschlossenen Leistungsverbesserungen bis etwa in das Frühjahr 2013 hinein aus.

Ziel der Bundesregierung ist es, die Pflegeversicherung und die Rahmenbedingungen für die pflegerische Versorgung so weiterzuentwickeln, damit auch in Zukunft eine würdevolle Pflege und Betreuung

auf hohem Niveau gewährleistet werden kann. Neben einer dauerhaft tragfähigen und nachhaltigen Finanzierung der Pflegeversicherung ist hierzu eine ausreichende Zahl an adäquat qualifizierten Pflege- und Betreuungskräften sowie eine zukunftsfeste Versorgungs- und Angebotsstruktur erforderlich. Für die zukünftige Ausgestaltung der Finanzierung der Pflegeversicherung wird die Bundesregierung eine interministerielle Arbeitsgruppe einsetzen, die die notwendigen Entwicklungsschritte für eine ergänzende Kapitaldeckung in der sozialen Pflegeversicherung ausarbeitet. Die Veränderung der Finanzierung eröffnet Chancen, die Leistungen der Pflegeversicherung langfristig zu dynamisieren. Die Pflegebedürftigkeit soll - auch zugunsten von Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz, wie z.B. Demenz - neu definiert werden.

Am Arbeitsmarkt sind zu Beginn 2009 mit dem Gesetz zur „Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“ die Reformen fortgesetzt worden, vor allem mit dem Ziel, Arbeit suchende Menschen schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Zum 1. Januar 2009 wurde der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung erneut abgesenkt und gesetzlich bei 3,0 % festgelegt. Darüber hinaus wurde er vorübergehend bis zum 30. Juni 2010 auf 2,8 % gesenkt. Im Rahmen des Konjunkturpakets II wurde diese vorübergehende Senkung um ein halbes Jahr bis zum 31. Dezember 2010 verlängert. Die Senkung des Beitragssatzes von 6,5 % (2006) auf 2,8 % entspricht einer deutlichen Entlastung durch sinkende Arbeitskosten für Arbeitgeber und steigende Nettolöhne für Arbeitnehmer in Höhe von rd. 30 Mrd. € jährlich. Diese Entlastung hat mit zu der stabilen Lage des deutschen Arbeitsmarktes beigetragen.

Die Bundesregierung hat die finanziellen Grundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung auf eine langfristig stabile Basis gestellt. Der Beitragssatz soll bis 2020 20 % und bis 2030 22 % nicht überschreiten. Gleichzeitig ist ein gesetzlich fixiertes Sicherungsniveau einzuhalten. Im Zeitraum 2012 bis 2029 wird die Regelaltersgrenze stufenweise auf 67 Jahre angehoben. Die Bundesregierung hat beginnend ab 2010 alle 4 Jahre eine Einschätzung darüber abzugeben, ob die Anhebung der Regelaltersgrenze in Anbetracht der Entwicklung des Arbeitsmarktes sowie der wirtschaftlichen und sozialen Situation älterer Arbeitnehmer weiterhin vertretbar erscheint.

Die Formel zur Anpassung der Renten orientiert sich an der Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter. Sie berücksichtigt die mit der Einführung der kapitalgedeckten Altersvorsorge (Riester-Rente) einhergehenden Vorsorgeaufwendungen der Beschäftigten. Mit dem Nachhaltigkeitsfaktor trägt sie der demografiebedingten Änderung des Verhältnisses von Rentenempfängern zu Beitragszahlern Rechnung.

Diese Modifikationen der Rentenanpassungsformel wurden an eine Schutzklausel gekoppelt, so dass die Renten aufgrund der Dämpfungsfaktoren nicht sinken können. Die ursprüngliche Schutzklausel fand bereits 2005 und 2006 Anwendung. 2009 wurde sie derart erweitert, dass ein eventuelles Absinken der anpassungsrelevanten Löhne keine Rentenminderungen zur Folge hat. Unterbliebene Dämpfungen werden ab 2011 nachgeholt, indem eine Halbierung positiver Rentenanpassungen bis zum Abbau des Ausgleichsbedarfs erfolgt.

4 Gesamtwirtschaftliche Lage und Perspektiven bis 2013

4.1 *Annahmen der gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung für 2010 und den mittelfristigen Zeitraum bis 2013*

Den Vorausschätzungen werden folgende Annahmen zugrunde gelegt:

- Für den Vorausschätzungszeitraum 2010 bis 2013 wird von einer allmählichen Erholung der Weltwirtschaft ausgegangen. Das Weltwirtschaftswachstum wird 2010 preisbereinigt um etwa $3\frac{1}{4}\%$ zunehmen. Zuvor war die weltwirtschaftliche Aktivität durch die Wirtschafts- und Finanzkrise erheblich belastet worden, so dass im Jahresdurchschnitt 2009 das Bruttoinlandsprodukt weltweit - trotz Erholung im Jahresverlauf - um insgesamt etwa 1 % zurückging.
- Der internationale Austausch von Gütern und Dienstleistungen wird von der weltweiten konjunkturellen Belebung profitieren. Der Welthandel dürfte nach dem deutlichen Rückgang 2009 in den Folgejahren wieder leicht an Dynamik gewinnen. Das Welthandelsvolumen wird 2010 voraussichtlich um rd. $4\frac{1}{2}\%$ zunehmen, nachdem es zuvor um rund $12\frac{1}{2}\%$ geschrumpft war. Von der Belebung des Welthandels wird die deutsche Wirtschaft aufgrund ihrer hohen Wettbewerbsfähigkeit besonders profitieren, so dass die deutschen Exporteure ihre Marktanteile auch mittelfristig behaupten können.
- Für den Rohölpreis und den Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar werden technische Annahmen getroffen, die den jeweiligen Durchschnittsdaten der letzten Wochen vor Prognoseerstellung entsprechen: Angesichts der - trotz wirtschaftlicher Erholung - weltweiten Unterauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten ist für den Verlauf des Projektionszeitraums nicht mit Versorgungsengpässen bei Rohstoffen zu rechnen. Der Preis für Rohöl der Sorte Brent wird für den gesamten Prognosezeitraum auf 75 US-Dollar gesetzt. Es werden keine grundlegenden Änderungen des Wechselkursgefüges unterstellt: Für den Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar wird 1,48 US-Dollar je Euro angenommen.
- Die Stabilisierungsaufgabe der Geldpolitik wird in diesem Szenario dadurch unterstützt, dass sowohl von der Kosten- als auch von der Nachfrageseite insgesamt eher dämpfende Einflüsse auf die Preisentwicklung ausgehen dürften. Als technische Annahme wird für den Projektionszeitraum von einem unveränderten Hauptrefinanzierungssatz der Europäischen Zentralbank von derzeit 1,0 % ausgegangen.
- Für den Anstieg der Effektivverdienste wird angenommen, dass er im gesamten Vorausschätzungszeitraum preisbereinigt im Rahmen der trendmäßigen Zunahme der Arbeitsproduktivität liegen wird.
- Auf europäischer Ebene wird nach Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise mit einer Fortsetzung der mittelfristigen Haushaltskonsolidierung gerechnet.
- Für den mittelfristigen Projektionszeitraum bis 2013 wird angenommen, dass die Fortsetzung der wachstums- und beschäftigungsorientierten Reformpolitik in Deutschland zu einer Erhöhung des Potenzialwachstums beiträgt.

4.2 Gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland im Jahr 2009

Deutschland verzeichnete im Winterhalbjahr 2008/2009 als Folge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise einen drastischen Konjunkturerinbruch, der die sehr exportorientierte deutsche Industrie besonders stark traf. Im Jahresverlauf 2009 mehrten sich die positiven Konjunktursignale. Im Frühjahr 2009 war eine leichte konjunkturelle Erholung zu verzeichnen, die sich zu Beginn der 2. Jahreshälfte beschleunigt fortsetzte. Das Bruttoinlandsprodukt stieg im 3. Quartal gegenüber dem Vorquartal preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,7 % an, nach +0,4 % im vorangegangenen Vierteljahr. Während sich die wirtschaftliche Erholung in der Verlaufsbeobachtung festigt, wird am Vorjahresvergleich die Schärfe des konjunkturellen Einbruchs im Winterhalbjahr 2008/2009 deutlich. Nach dem ersten vorläufigen Ergebnis des Statistischen Bundesamtes für das Bruttoinlandsprodukt im Jahre 2009 ging die Wirtschaftsleistung im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr - trotz Konjunkturerholung im Jahresverlauf - um preisbereinigt 5,0 % zurück.

Ausgangspunkt für die wirtschaftliche Belebung in Deutschland war das allmähliche Anziehen der Weltkonjunktur. Die Warenexporte stiegen im 3. Quartal 2009 deutlich an; sie sind - wie auch die Auslandsnachfrage nach deutschen Industrieerzeugnissen - in der Tendenz aufwärtsgerichtet. Auch auf der binnenwirtschaftlichen Seite sind Signale einer Wende zum Besseren erkennbar: Sowohl die Investitionen in Bauten als auch in Ausrüstungen wurden im 3. Vierteljahr spürbar ausgeweitet. Allerdings lag die Investitionstätigkeit damit im Jahresdurchschnitt um 20,0 % unter dem Niveau des Vorjahres. Die privaten Konsumausgaben, die in der Phase des Konjunkturerinbruchs stabilisierend wirkten, waren in der 2. Jahreshälfte 2009 rückläufig. Hierbei schlug auch zu Buche, dass durch das Auslaufen der Umweltprämie eine merklich niedrigere Nachfrage nach Personenkraftwagen entfaltet wurde.

Der Arbeitsmarkt zeigte sich 2009 robust. Angesichts der Schärfe des konjunkturellen Einbruchs sind der Beschäftigungsrückgang sowie die Zunahme der Arbeitslosigkeit insgesamt als sehr moderat zu beurteilen. Die starke Ausweitung der Kurzarbeit, der Abbau von Überstunden und Arbeitszeitkonten sowie eine flexible Anpassung der Arbeitszeit auf betrieblicher Ebene milderten die Auswirkungen der wirtschaftlichen Schwäche. Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Erholung könnte die verlängerte Kurzarbeit die beabsichtigte Brückenfunktion in einigen Wirtschaftsbereichen erfolgreich ausüben. Allerdings stellt die Unterauslastung der Produktionskapazitäten, die auf absehbare Zeit auch bei Fortsetzung der Konjunkturerholung bestehen bleiben wird, ein wesentliches Risiko für die weitere Arbeitsmarktentwicklung dar.

Die Preisentwicklung verlief 2009 in sehr ruhigen Bahnen und begünstigte die Kaufkraft der privaten Haushalte. Das ruhige Preisklima dürfte bis auf weiteres anhalten. Dafür spricht unter anderem die weiterhin günstige Preisentwicklung auf den vorgelagerten Stufen der Produktionskette.

4.3 Kurz- und mittelfristige Perspektiven der Gesamtwirtschaft

Die weiter in die Zukunft weisenden Konjunkturindikatoren (z.B. Auftragseingänge, ifo-Geschäftserwartungen) deuten auf eine Fortsetzung der konjunkturellen Erholung hin. Für 2010 rechnet die Bundesregierung in ihrer Jahresprojektion mit einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von real 1,4 %. Das Niveau der wirtschaftlichen Aktivität wird dabei durch die konjunkturelle Erholung im Vorjahr begünstigt (statistischer Überhang). Gleichwohl bleiben die gesamtwirtschaftlichen

Produktionskapazitäten auch 2010 in erheblichem Maße unterausgelastet. Erst allmählich wird die zu erwartende Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage die Unterbeschäftigungssituation in den Unternehmen beseitigen.

Wachstumsimpulse sind sowohl von der außen- als auch von der binnenwirtschaftlichen Seite zu erwarten: Die wieder anziehende weltwirtschaftliche Nachfrage wird auch im Vorausschätzungszeitraum zu einer deutlichen Expansion der deutschen Exporte führen. Dabei kommt der deutschen Exportwirtschaft zugute, dass ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich hoch ist. Dazu hat vor der Krise die lange Phase einer ausgeprägten Lohnzurückhaltung sowie die Konsolidierung der Unternehmensbilanzen beigetragen. Hinzu kommt, dass in der Frühphase der sich abzeichnenden weltwirtschaftlichen Belebung deutsche Exporteure von ihrem auf Investitionsgüter ausgerichteten Gütersortiment profitieren. Vor diesem Hintergrund ist für 2010 mit einem deutlichen Wachstumsimpuls vom Außenbeitrag zu rechnen, der sich auf 0,8 Prozentpunkte belaufen könnte. Die Inlandsnachfrage wird voraussichtlich knapp zur Hälfte zum Wirtschaftswachstum beitragen. Allerdings wird der private Konsum die gesamtwirtschaftliche Entwicklung voraussichtlich leicht dämpfen. Teilweise geht dies darauf zurück, dass im Zuge der Umweltprämie Autokäufe in das Jahr 2009 vorgezogen wurden, die nun entfallen. Gleichwohl fiel der Rückgang der privaten Konsumausgaben merklich stärker aus, wenn die Bundesregierung nicht beschlossen hätte, die Einkommen durch weitere Entlastungen zu stärken. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nehmen mit 1,0 % merklich stärker zu als im Vorjahr, obwohl sie durch die zeitverzögerte Reaktion des Arbeitsmarktes belastet werden. Anders als der private Konsum wird die Investitionstätigkeit zur Ausweitung der Inlandsnachfrage beitragen. Mit der weltwirtschaftlichen Belebung dürften sich die Ausrüstungsinvestitionen um 3,1% erhöhen. Dabei werden die Ausrüstungsinvestitionen durch Vorzieheffekte positive Impulse erhalten, da die im ersten Konjunkturprogramm beschlossenen verbesserten Abschreibungsbedingungen bis zum Jahresende 2010 befristet sind. Ersatz- und Modernisierungsinvestitionen dürften durchgeführt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu erhalten und zu verbessern. Die Bauinvestitionen werden insgesamt - getragen von einer deutlichen Expansion des öffentlichen Baus - das Wirtschaftswachstum begünstigen. Hier schlagen mit zeitlicher Verzögerung die Maßnahmen zur Konjunkturstabilisierung zu Buche. Da das Erweiterungsmotiv in Anbetracht bestehender Überkapazitäten keine tragende Rolle spielen kann - und die vorhandenen Produktionsstätten in vielen Fällen ausreichen - werden vom Wirtschaftsbau wahrscheinlich eher dämpfende Effekte auf die Wirtschaftsentwicklung ausgehen.

Auf dem Arbeitsmarkt wird 2010 die konjunkturelle Abkühlung deutlicher sichtbar werden. Durch die starke Ausweitung der Kurzarbeit und die flexibleren Regelungen zur Arbeitszeit sind bis zum Ende des Jahres 2009 die negativen Rückwirkungen des Konjunktureenbruchs auf den Arbeitsmarkt in engen Grenzen geblieben. In der Jahresprojektion der Bundesregierung wird für den Jahresdurchschnitt 2010 mit einem Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen von rd. 400 000 Personen gerechnet. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird wegen eines rückläufigen Arbeitskräfteangebots etwas weniger stark ansteigen als die Beschäftigung abnimmt (320 000 Personen).

Es ist damit zu rechnen, dass der Auslastungsgrad in diesem Jahr den langjährigen Durchschnitt spürbar unterschreiten wird, d.h. das Bruttoinlandsprodukt wird deutlich unter dem gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial liegen. Es besteht eine negative Produktionslücke, die sich bis zum Ende des mittelfristigen Projektionszeitraums 2013 zwar voraussichtlich verringern, aber nicht ganz schließen wird.

Das Potenzialwachstum, das die langfristige Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei normaler Auslastung vorhandener gesamtwirtschaftlicher Produktionskapazitäten beschreibt, dürfte 2010 bei knapp 1 % liegen und sich im Verlaufe des mittelfristigen Schätzzeitraums bis 2013 auf schätzungsweise 1 ½ % erhöhen. Dabei haben die konjunkturelle Abkühlung und die damit einhergehende Beeinträchtigung der Investitionstätigkeit und des Arbeitskräftepotenzials die Zunahme des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials zuletzt merklich gedämpft. Im gesamten mittelfristigen Schätzzeitraum (2009 bis 2013) wird das Bruttoinlandsprodukt in realer Rechnung voraussichtlich um jahresdurchschnittlich rd. ½ % zunehmen. Auf der Nachfrageseite ist dabei unterstellt, dass der Welthandel im Verlaufe des Projektionszeitraums an Dynamik gewinnen dürfte, so dass die deutschen Nettoexporte positiv zum Wirtschaftswachstum beitragen werden. Der Hauptteil des Wirtschaftswachstums entfällt jedoch auf die Binnennachfrage. Sowohl der private Konsum als auch die Investitionen werden die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts begünstigen. Der private Konsum wird im Verlaufe des mittelfristigen Schätzzeitraums zunehmend zum Wirtschaftswachstum beitragen und über den gesamten Projektionszeitraum stärker als das Bruttoinlandsprodukt zunehmen. Die Unternehmensinvestitionen werden voraussichtlich überproportional zu der gesamtwirtschaftlichen Produktion steigen. Die Beschäftigung könnte um rd. 100 Tsd. auf rd. 40,4 Mio. Erwerbstätige zunehmen. Aufgrund der voraussichtlichen Ausweitung des Arbeitskräfteangebots wird die Zahl der Arbeitslosen mittelfristig weniger stark zurückgehen als die Erwerbstätigkeit zunimmt.

Die Projektion der Bundesregierung ist mit Chancen und Risiken behaftet. Zu den Risiken gehört insbesondere, dass die wirtschaftliche Entwicklung vor allem wegen außenwirtschaftlicher - Unsicherheiten ungünstiger verlaufen könnte als erwartet: Die Gefahr weiterer negativer, realwirtschaftlicher Auswirkungen der Finanzmarktkrise besteht fort, trotz Fortschritten bei der Stabilisierung des Finanzsektors. Insbesondere ungelöste Probleme auf den Finanzmärkten könnten über eine Zunahme von Unternehmensinsolvenzen (Forderungsausfällen) und eine restriktivere Vergabe von Unternehmenskrediten durch die Banken zu einer ungünstigeren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung führen. Zudem könnte eine anhaltende Wirtschaftsschwäche in wichtigen europäischen Handelspartnerländern die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland beeinträchtigen. Eine ungünstigere Beschäftigungsentwicklung würde sich zusätzlich negativ auf die Entwicklung des privaten Konsums auswirken.

Allerdings bestehen durchaus auch Chancen auf eine günstigere Konjunktorentwicklung. Die Wirkungen der expansiven wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen im internationalen Raum könnten sich mehr als erwartet gegenseitig verstärken und die Volkswirtschaften zügiger aus der Krise herausführen. Eine stärkere Erholung der Weltwirtschaft könnte zu einer schnelleren Belebung der deutschen Exporttätigkeit führen als bisher angenommen. In diesem Fall dürften sich zusätzliche außenwirtschaftliche Impulse vor allem in einer Ausweitung der Investitionsgüternachfrage widerspiegeln. Strukturelle Reformen haben den Arbeitsmarkt flexibilisiert, dies könnte zu einer schnelleren Überwindung der Wirtschaftskrise beitragen.

5 Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte

5.1 Entwicklung des Finanzierungssaldos

Krisenbedingte Verschlechterung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos

Die scharfe Rezession hat tiefe Spuren in den öffentlichen Haushalten Deutschlands hinterlassen. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo verschlechterte sich im Jahr 2009 nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes auf -3,2 % in Relation zum BIP, nachdem Deutschland noch im Jahr zuvor zum zweiten Mal in Folge einen geringen Überschuss im Staatshaushalt ausgewiesen hatte. Damit überschritt das Defizit im vergangenen Jahr den Referenzwert des Maastricht-Vertrages von 3 % (Tabelle 2). Hierzu trugen vor allem das vollständige Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren, aber auch die zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage und zur Verbesserung der langfristigen Wachstumsperspektiven in Deutschland ergriffenen Maßnahmen bei (siehe Kapitel 3.1). Die Maßnahmen zur Finanzmarktstabilisierung beeinflussten den Finanzierungssaldo dagegen erneut nur unwesentlich, da sie lediglich in geringem Umfang Defizit erhöhend zu buchen waren.

Tabelle 2: Entwicklung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	- in % des BIP -					
Projektion Januar 2010	0,0	-3,2	-5 1/2	-4 1/2	-3 1/2	-3
Projektion Januar 2009	0,0	-3	-4	-3	-2 1/2	-

Die Finanzierungssalden sind auf halbe Prozentpunkte des BIP gerundet.

In diesem Jahr wird das gesamtstaatliche Defizit weiter auf 5 ½ % in Relation zum BIP steigen. Die nochmalige Verschlechterung des Finanzierungssaldos ist im Wesentlichen auf die auch im Jahr 2010 fortgeführten Maßnahmen im Bereich der Konjunkturstimulierung und Wachstumsbelebung zurückzuführen. Diese belasten die Haushalte der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung deutlich stärker als im Vorjahr. Nicht zuletzt ist die Entwicklung aber auch von der nur schwachen Entwicklung der Inlandsnachfrage und einer weiteren Verschlechterung der Situation am Arbeitsmarkt geprägt. Die Finanzpolitik wirkt somit im Jahr 2010 fortgesetzt expansiv.

Ab dem Jahr 2011 wird Deutschland – in der Umsetzung sowohl der nationalen Schuldenregel als auch der Empfehlungen des ECOFIN-Rates – im Interesse einer langfristig auf Tragfähigkeit ausgerichteten Finanzpolitik mit der Rückführung der krisenbedingt aufgebauten Defizite beginnen. In den Jahren 2011 bis 2013 wird sich das gesamtstaatliche Defizit schrittweise auf knapp 3 % in Relation zum BIP gegen Ende der Programmperiode verringern und damit den Maastricht-Referenzwert für die Defizitquote wieder unterschreiten. Die politischen Vorhaben der Koalitionsvereinbarung vom 26. Oktober 2009 sind in den Tabellen zu den öffentlichen Haushalten bisher nur insoweit enthalten, als sie bereits durch Gesetzesvorhaben hinreichend konkretisiert sind. Die Bundesregierung wird – wie im Jahreswirtschaftsbericht 2010 dargelegt – die Koalitionsvereinbarung unter Beachtung der Regeln des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes umsetzen.

Finanzierungssalden nach Ebenen

Die deutliche Verschlechterung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos im Jahr 2009 betraf die Haushalte aller staatlichen Ebenen. Das Finanzierungsdefizit des Bundes einschließlich seiner Sonderrechnungen¹ erhöhte sich um 1,1 Prozentpunkte auf 1,7 % in Relation zum BIP (Tabelle 3). Auch in diesem Jahr wird der weitere Anstieg des gesamtstaatlichen Defizits zum größten Teil der Verschlechterung auf der Ebene des Bundes auf ein Defizit von 3 ½ % in Relation zum BIP geschuldet sein. Dies rührt daher, dass ein Großteil des Maßnahmenpakets zur Konjunkturstabilisierung, insbesondere die Ausgaben im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes, im Wesentlichen vom Bund finanziert wird.

Zur Darstellung der bis zum Ende des Programmhorizonts notwendigen Konsolidierung auf der Ebene des Bundes wurde die technische Annahme getroffen, den Konsolidierungsbedarf gleichmäßig auf alle Ausgabearten – mit Ausnahme der Zinsausgaben und der Übertragungen an andere staatliche Ebenen sowie an das Ausland – zu verteilen. Welche Maßnahmen konkret ergriffen werden, um der nationalen Schuldenregel (siehe Kapitel 3.1) und den Empfehlungen des ECOFIN-Rates (siehe Kapitel 2.) Rechnung zu tragen, wird die Bundesregierung im Sommer 2010 darlegen. Der erforderliche Abbau des strukturellen Defizits des Bundeshaushalts führt dazu, dass das nominale Defizit auf der Ebene des Bundes bis zum Jahr 2013 spürbar auf rund 1 ½ % in Relation zum BIP reduziert wird.

Tabelle 3: Finanzierungssalden nach staatlichen Ebenen

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	in Relation zum BIP (%)					
Bund inkl. Sonderrechnungen	-0,6	-1,7	-3 1/2	-2 1/2	-2	-1 1/2
Länder und Gemeinden	0,3	-1,0	-2	-2	-1 1/2	-1 1/2
Sozialversicherung	0,3	-0,5	-0	-0	-0	-0
Staat insgesamt	0,0	-3,2	-5 1/2	-4 1/2	-3 1/2	-3

Die Finanzierungssalden sind auf halbe Prozentpunkte des BIP gerundet.

Der Finanzierungssaldo der Länder und Gemeinden, deren Haushalte im Jahr 2008 noch ausgeglichen bzw. im Überschuss gewesen waren, verschlechterte sich zusammengenommen im vergangenen Jahr in ähnlicher Größenordnung wie der des Bundes auf ein Defizit von 1,0 % in Relation zum BIP. Auch hier wird das Defizit in diesem Jahr aus ähnlichen Gründen wie beim Bund weiter auf rund 2 % in Relation zum BIP ansteigen. Da die Übergangsfrist bis zur regulären Anwendung der neuen nationalen Schuldenregel auf der Ebene der Länder länger und der derzeitige Grad der Neuverschuldung geringer ist, sind hier im Durchschnitt der Jahre und der Länder deutlich geringere Konsolidierungsschritte als auf Seiten des Bundes notwendig, um strukturell ausgeglichene Haushalte zu erreichen. Die Länder haben sich aber zusammen mit dem Bund ausdrücklich zum Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt und zur nationalen Schuldenregel bekannt. Im Finanzplanungsrat vom Dezember 2009 haben sie sich verpflichtet, das strukturelle Finanzierungsdefizit ab dem Jahr 2011 kontinuierlich abzubauen und das 3 %-Defizit-Kriterium ab dem Jahr 2013 einzuhalten. Das Defizit von Ländern und Gemeinden wird sich bis 2013 auf 1 ½ % in Relation zum BIP reduzieren.

¹ Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Finanzmarktstabilisierungsfonds, Investitions- und Tilgungsfonds, Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau, BPS-PT (Postbeamtenversorgungskasse).

Die Wirtschaftskrise und die zur Stabilisierung umgesetzten Maßnahmen beeinflussten auch die Ebene der Sozialversicherung. Im Jahr 2008 hatte sie noch einen Überschuss von 0,3 % in Relation zum BIP aufgewiesen. Im vergangenen Jahr verringerte sich ihr Finanzierungssaldo auf -0,5 % im Verhältnis zum BIP. Hierzu trug größtenteils die drastische Verschlechterung des Haushalts der Bundesagentur für Arbeit bei, der hauptsächlich durch die deutlich gestiegenen Aufwendungen der Arbeitslosenversicherung und die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung belastet wurde. In diesem Jahr wäre es ebenfalls nochmals zu einem – wenn auch gegenüber dem Vorjahr etwas geringeren – Defizit der Bundesagentur für Arbeit und damit der Ebene der Sozialversicherung gekommen, wenn der Bund nicht einen Zuschuss leisten würde. Die Sozialversicherung erreicht in diesem Jahr einen nahezu ausgeglichenen Haushalt.

5.2 Entwicklung von staatlichen Ausgaben und Einnahmen

Staatseinnahmen konjunktur- und maßnahmebedingt rückläufig

Die Steuereinnahmen gingen im vergangenen Jahr insgesamt infolge der Bürger und Unternehmen entlastenden Maßnahmen der Konjunkturpakete noch etwas stärker zurück als das BIP, so dass die Steuerquote geringfügig auf 23,5 % sank (Tabelle 4). In diesem Jahr ist aufgrund der nochmaligen Entlastungen mit einer weiteren Verringerung der Steuereinnahmen zu rechnen. Da gleichzeitig eine deutlich bessere BIP-Entwicklung erwartet wird, führt dies zu einem merklichen Rückgang der Steuerquote um 1 Prozentpunkt auf 22 ½ %. Im kommenden Jahr setzt zwar auch bei den Steuereinnahmen eine Trendumkehr ein, ihr Anstieg bleibt allerdings unterproportional zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Dies bedingt eine weitere leichte Verminderung der Steuerquote. Am Ende des Projektionszeitraums dürfte die Steuerquote dann wieder bei rund 22 ½ % liegen.

Die Sozialbeitragsquote stieg im Gegensatz zur Steuerquote im Jahr 2009 um 0,5 Prozentpunkte auf 17,1 % an. Dabei wurde die Verringerung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung von 3,3 % auf 2,8 % durch zwei Effekte überkompensiert: So blieb zum einen die Lohnentwicklung, angesichts des von der Krise vergleichsweise gering betroffenen Arbeitsmarktes, relativ stabil; zum anderen stiegen die Beitragssätze zur Gesetzlichen Krankenversicherung (nur im ersten Halbjahr 2009) und zur Sozialen Pflegeversicherung. In diesem Jahr kommt es aufgrund etwas geringerer Bruttolöhne und -gehälter zu einem leichten Rückgang der Sozialbeitragsquote. Dieser setzt sich im kommenden Jahr trotz Anhebung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung auf 3,0 %, aber wegen des gegenüber der nominalen BIP-Entwicklung schwächeren Anstiegs der Bruttolöhne und -gehälter nochmals geringfügig auf 16 ½ % fort. Auf diesem Niveau bleibt die Quote bis zum Ende des Projektionszeitraums.

Die Abgabenquote stieg folglich im Jahr 2009 auf 40,6 %, wobei die Abgaben selbst um 2,4 % sanken. Bis zum Jahr 2011 wird die Abgabenquote in Folge der zu erwartenden Rückgänge von Steuer- und Sozialbeitragsquote aber bis auf 38 ½ % zurückgehen, um danach wieder leicht auf 39 % anzusteigen.

Tabelle 4: Entwicklung der Steuer-, Sozialbeitrags- und Abgabenquote

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	- jeweilige Einnahmen in % des BIP -					
Steuerquote	23,7	23,5	22 1/2	22	22	22 1/2
Sozialbeitragsquote	16,4	17,1	17	16 1/2	16 1/2	16 1/2
Abgabenquote						
Projektion Januar 2010	40,1	40,6	39	38 1/2	39	39
Projektion Januar 2009	40,2	40	39	39	39 1/2	-

Differenzen zwischen der Abgabenquote und der Summe aus Steuer- und Sozialbeitragsquote sind rundungsbedingt; die Angaben für die Projektionsjahre sind auf halbe Prozentpunkte des BIP gerundet.

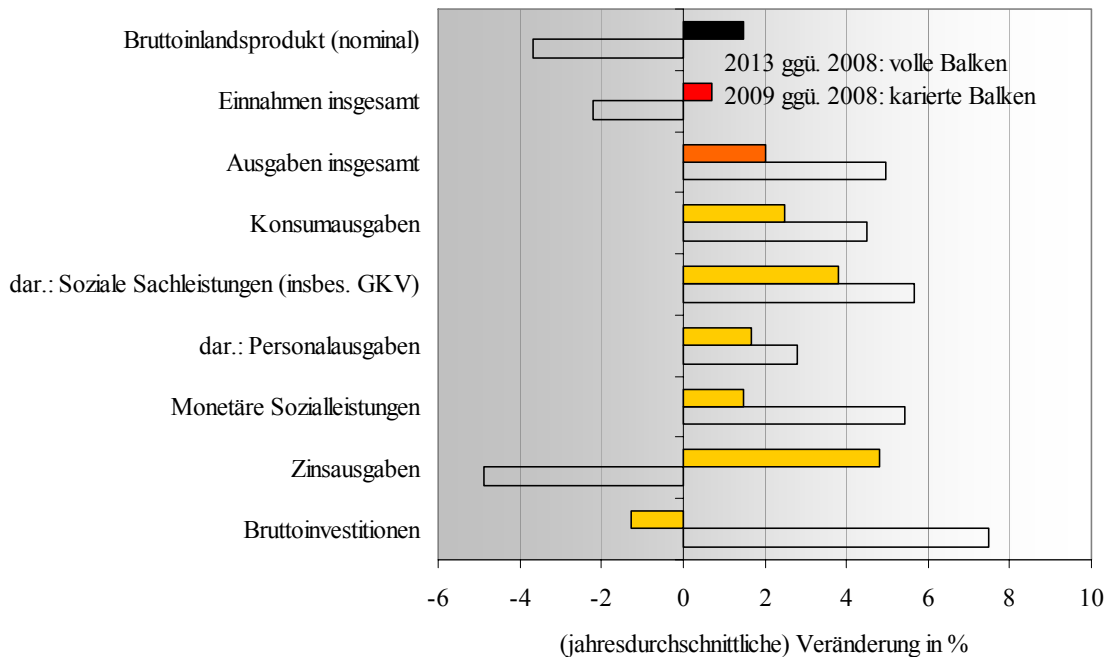
Die staatlichen Einnahmen insgesamt sind im vergangenen Jahr um 2,2 % zurückgegangen. Im Durchschnitt des betrachteten Zeitraums von 2008 bis 2013 werden sie um 1 ½ % p.a. zunehmen. Die staatliche Einnahmequote stieg im Jahr 2009 von 43,7 % auf 44,4 %; sie wird in diesem Jahr auf 42 ½ % fallen und in den Folgejahren bis zum Jahr 2013 bei 42 % und damit auf dem niedrigsten Niveau seit der deutschen Vereinigung liegen.

Staatsausgaben überproportional gestiegen

Die staatlichen Ausgaben sind im vergangenen Jahr stark um 5,0 % gestiegen. Dies ist neben den automatischen Stabilisatoren auch auf die Konjunkturpakete zurückzuführen. So stiegen insbesondere die monetären Sozialleistungen an private Haushalte (+5,4 % – aufgrund des erhöhten Kindergelds und des einmalig gewährten Kinderbonus), die Bruttoinvestitionen (+7,5 % – aufgrund des Zukunftsinvestitionsgesetzes) und die Subventionen (+16,8 % – wegen der Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit für die von den Unternehmen bei Kurzarbeitern zu tragenden Sozialversicherungsbeiträge) überdurchschnittlich. Auch die sozialen Sachleistungen nahmen deutlich zu (+5,7 %), während die Arbeitnehmerentgelte nur unterdurchschnittlich stiegen (+2,8 %). Geringere Ausgaben waren lediglich für Zinsen (-4,9 %) angesichts des gesunkenen Zinssatzes zu verzeichnen (siehe Abbildung).

Die erhebliche Neuverschuldung führt allerdings dazu, dass die Zinsausgaben im gesamten Programmzeitraum 2008 bis 2013 durchschnittlich mit rund 5 % p.a. am stärksten von allen Ausgabearten zulegen werden. Die Bruttoinvestitionen gehen dagegen in diesem Zeitraum insgesamt im Durchschnitt der Jahre um 1 ½ % zurück, da das Zukunftsinvestitionsprogramm ausläuft und die Investitionen unter ihr ursprüngliches Niveau zurückfallen. Die Zuwachsraten der übrigen Ausgaben, insbesondere jener Ausgaben, die im Jahr 2009 stark durch die Konjunkturpakete beeinflusst waren, nehmen ebenfalls zum Teil deutlich ab. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die technische Annahme, den Konsolidierungsbedarf des Bundes nur auf die Ausgaben zu verteilen, in der Projektion ebenfalls zur deutlichen Reduktion der staatlichen Ausgaben insgesamt beiträgt.

Abbildung: Jahresdurchschnittliche Entwicklung von Einnahmen, Ausgaben und BIP im Zeitraum 2008 bis 2013 durchschnittlich p.a. sowie 2009 ggü. Vorjahr



Der Einbruch des BIP bewirkte zusammen mit dem deutlichen Ausgabenanstieg einen spürbaren Anstieg der Staatsquote, d.h. der Staatsausgaben in Relation zum BIP, um fast 4 Prozentpunkte auf 47,6 % im vergangenen Jahr (Tabelle 5). Da die Konjunkturpakete zu einem Großteil in diesem Jahr wirksam sind, kommt es trotz BIP-Anstiegs zu einer weiteren Erhöhung der Staatsquote auf 48 %. Erst ab dem kommenden Jahr verringert sich die Staatsquote sukzessive bis auf 45 % im Jahr 2013. Dazu trägt die technische Annahme, dass der Bund allein auf der Ausgabenseite konsolidiert, bei.

Tabelle 5: Entwicklung der Staatsquote

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	- Staatsausgaben in % des BIP -					
Projektion Januar 2010	43,7	47,6	48	47	46	45
Projektion Januar 2009	44,0	46 1/2	46 1/2	45 1/2	45 1/2	-

Die Angaben für die Projektionsjahre sind auf halbe Prozentpunkte des BIP gerundet.

5.3 Entwicklung des strukturellen Finanzierungssaldos und Rückführung des übermäßigen Defizits

Staatshaushalt 2009 hauptsächlich durch automatische Stabilisatoren belastet

Die Verschlechterung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos um mehr als 3 Prozentpunkte im vergangenen Jahr ist im Wesentlichen auf das Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren zurückzuführen. Das strukturelle, d.h. das um konjunkturelle und temporäre Effekte bereinigte Finanzierungsdefizit erhöhte sich um lediglich ½ Prozentpunkt auf 1 ½ % in Relation zum BIP (Tabelle 6).

In diesem Jahr ist die Verschlechterung des Finanzierungssaldos dagegen hauptsächlich struktureller Art: Das strukturelle Defizit steigt auf 4 ½ % in Relation zum BIP an. Angesichts der zwar immer

noch negativen, jedoch im Vergleich zum Vorjahr absolut geringeren Produktionslücke fällt der Anstieg des strukturellen Defizits stärker als der des tatsächlichen Defizits aus. Im Zuge der Haushaltskonsolidierung kommt es allerdings in den kommenden Jahren zu einem deutlichen Rückgang des strukturellen Defizits bis auf 2 ½ % im Verhältnis zum BIP im Jahr 2013.

Tabelle 6: Struktureller Finanzierungssaldo im Vergleich zum tatsächlichen Finanzierungssaldo sowie zum BIP

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
struktureller Finanzierungssaldo (in % des BIP)	-1	-1 1/2	-4 1/2	-4	-3	-2 1/2
tatsächlicher Finanzierungssaldo (in % des BIP)	0,0	-3,2	-5 1/2	-4 1/2	-3 1/2	-3
reales BIP (Veränderung in % ggü. Vorjahr)	1,3	-5,0	1,4	2	2	2

Die Finanzierungssalden sowie die mittelfristigen BIP-Zuwachsraten sind auf halbe Prozentpunkte des BIP gerundet.

Rückführung des übermäßigen Defizits bis 2013 und mittelfristiges Haushaltsziel

Deutschland wird sein übermäßiges Defizit, wie in den Empfehlungen des ECOFIN-Rates gefordert, bis zum Jahr 2013 abbauen. Dazu werden, ebenfalls im Einklang mit den Empfehlungen, Maßnahmen, die zu einem Abbau des strukturellen Defizits von durchschnittlich mindestens 0,5 % des BIP jährlich führen, ergriffen: Das strukturelle Defizit wird in den kommenden drei Jahren um rund 2 Prozentpunkte sinken. Deutschland verfolgt das Ziel eines strukturell nahezu ausgeglichenen Staatshaushalts. Das Mittelfristziel in Höhe von -½ % in Relation zum BIP, das sich unter Zugrundelegung der neuen Berechnungsmodalitäten, die die Alterungskosten berücksichtigen, ergibt², wird auch durch die neue Schuldenregel von Bund und Ländern unterstützt.

5.4 Entwicklung des Schuldenstands

Der drastische Anstieg der Neuverschuldung, die Rekapitalisierungen und sonstigen Maßnahmen zur Finanzmarktstabilisierung, die im Gegensatz zum Defizit vollständig den Schuldenstand erhöhen, und nicht zuletzt der Einbruch des BIP führten im Jahr 2009 zu einem kräftigen Anstieg der Schuldenstandsquote, des Schuldenstands im Verhältnis zum BIP, von 65,9 % auf 72 ½ % (Tabelle 7).

In diesem Jahr wird die Schuldenstandsquote erneut spürbar um 4 Prozentpunkte ansteigen. In der Projektion des Schuldenstands werden lediglich bislang bekannte Finanzmarktstabilisierungsmaßnahmen berücksichtigt. Dabei ist unterstellt, dass die Errichtung von Abwicklungsanstalten nicht den Schuldenstand erhöht. Die Zunahme des Schuldenstands ist daher hauptsächlich durch den nochmaligen, allerdings deutlich stärkeren Zuwachs der Neuverschuldung zu erklären. Zwar verlangsamt sich der Anstieg in den kommenden Jahren, dennoch kommt es bis zum Ende der Programmperiode noch nicht zu einer Trendumkehr. Im Jahr 2013 dürfte die Schuldenstandsquote bei rund 82 % liegen. Diese Projektion beruht auf der Annahme, dass bis dahin keine Papiere, die der Staat im Rahmen der Finanzmarktstabilisierung übernommen hat, fällig werden oder an die betreffenden Finanzinstitutionen zu-

² Das Mittelfristziel von -½ % in Relation zum BIP ergibt sich gemäß beider möglichen Berechnungsmethoden, d.h. unter Berücksichtigung sowohl einer Vorfinanzierung von 33 % der alterungsbedingten Kosten als auch einer Deckung aller alterungsbedingten Kosten bis zum Jahr 2040.

rück übertragen werden. Dies würde den Schuldenstand entsprechend reduzieren. Umgekehrt könnten weitere Stabilisierungsmaßnahmen den Schuldenstand noch weiter erhöhen.

Zwar verzerrt die Einbeziehung der Effekte der Finanzmarktkrise den eigentlichen Einfluss der Finanzpolitik auf die Schuldenstandsquote. Allerdings würde der Referenzwert des Maastricht-Vertrages in Höhe von 60% im Verhältnis zum BIP auch ohne diese Effekte deutlich überschritten.

Tabelle 7: Entwicklung der Schuldenstandsquote

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	- Schuldenstand des Staates in % des BIP -					
Projektion Januar 2010	65,9	72 1/2	76 1/2	79 1/2	81	82
Projektion Januar 2009	65 1/2	68 1/2	70 1/2	71 1/2	72 1/2	-

Die Angaben für die Projektionsjahre sind auf halbe Prozentpunkte gerundet.

5.5 Sensitivität der Projektion des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos

Die Sensitivitätsanalyse stellt die Entwicklungen des Finanzierungssaldos dar, die sich bei Abweichungen gegenüber den gesamtwirtschaftlichen Annahmen ergeben. Es werden zwei Alternativszenarien betrachtet, die sich aus einem um jeweils ½ Prozentpunkt p.a. geringeren bzw. höheren Anstieg des realen BIP für die verbleibende Programmperiode ergeben. Dabei werden gegenüber dem Basisszenario ein konstanter BIP-Deflator sowie eine konstante BIP-Zusammensetzung unterstellt.

Die Sensitivitätsanalyse kommt qualitativ zu keinem anderen Bild: In beiden Alternativszenarien steigt das Defizit in diesem Jahr nochmals an, bevor es ab dem kommenden Jahr zurückgeht. Allerdings weisen die Alternativszenarien quantitativ bedeutsame Unterschiede auf (Tabelle 8). In einem schwächeren gesamtwirtschaftlichen Szenario würde die Haushaltskonsolidierung deutlich schwieriger. Am Ende des Programmzeitraums belief sich der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo immer noch auf -4 % in Relation zum BIP. Damit könnte auch die Auflage, bis 2013 das übermäßige Defizit zurückzuführen, nicht eingehalten werden. Die Sensitivitätsanalyse zeigt somit, dass die Konsolidierungsschritte des Basisszenarios Mindestabbauschritte sind. Um die Einhaltung der Auflagen im Verfahren wegen übermäßigen Defizits nicht zu gefährden, sollte die Konsolidierung eher stärker ausfallen, als im Basisszenario unterstellt. Gleichwohl könnte eine um ½ Prozentpunkt p.a. günstigere BIP-Entwicklung auch dazu führen, dass sich das Defizit bis zum Jahr 2013 sogar auf 1 ½ % in Relation zum BIP verringert und der Staatshaushalt in Deutschland somit möglicherweise schneller auch strukturell nahezu ausgeglichen wird.

Tabelle 8: Sensitivität der Projektion des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
BIP-Entwicklung gemäß	- Finanzierungssaldo in % des BIP -					
- Basisszenario	0,0	-3,2	-5 1/2	-4 1/2	-3 1/2	-3
- Alternativszenarien						
• - ½ %-Punkt p.a. ggü. Basisszenario			-6	-5 1/2	-4 1/2	-4
• + ½ %-Punkt p.a. ggü. Basisszenario			-5	-4	-3	-1 1/2

Die Finanzierungssalden sind auf halbe Prozentpunkte des BIP gerundet.

Anhang

Tabelle 9: Entwicklung der Staatsfinanzen

	ESA Code	2008	2008	2009	2010	2011	2012	2013
		in Mrd €	in % des BIP	in % des BIP	in % des BIP	in % des BIP	in % des BIP	in % des BIP
Finanzierungssalden (EDP B.9) der staatlichen Ebenen								
1. Staat	S.13	1,1	0,0	-3,2	-5 1/2	-4 1/2	-3 1/2	-3
2. Bund	S.1311	-14,1	-0,6	-1,7	-3 1/2	-2 1/2	-2	-1 1/2
3. Länder und Gemeinden		7,0	0,3	-1,0	-2	-2	-1 1/2	-1 1/2
5. Sozialversicherungen	S.1314	8,2	0,3	-0,5	-0	-0	-0	-0
Staat insgesamt (S13)								
6. Einnahmen insgesamt	TR	1091,8	43,7	44,4	42 1/2	42	42	42
7. Ausgaben insgesamt	TE ¹	1090,7	43,7	47,6	48	47	46	45
8. Finanzierungssaldo	EDP B.9	1,1	0,0	-3,2	-5 1/2	-4 1/2	-3 1/2	-3
9. geleistete Vermögenseinkommen	EDP D.41	67,1	2,7	2,7	2 1/2	2 1/2	3	3
10. Primärsaldo		68,1	2,7	-0,6	-3	-2	-1 1/2	1/2
11. Einmalmaßnahmen und sonstige temporäre Effekte ¹			-0,4	-0,1	-0	-0	-0	0
Ausgewählte Einnahmen								
12. Steuern (12=12a+12b+12c)		592,6	23,7	23,5	22 1/2	22	22	22 1/2
12a. Produktions- und Importabgaben	D.2	311,4	12,5	12,6	12 1/2	12 1/2	12 1/2	12 1/2
12b. Einkommen- und Vermögensteuern	D.5	281,2	11,3	10,9	10	9 1/2	10	10
12c. vermögenswirksame Steuern	D.91	0,0	0,0	0,0	0	0	0	0
13. Sozialbeiträge	D.61	408,1	16,4	17,1	17	16 1/2	16 1/2	16 1/2
15. sonstige Einnahmen		91,1	3,7	3,8	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3
16=6. Einnahmen insgesamt	TR	1091,8	43,7	44,4	42 1/2	42	42	42
nachrichtl.: Abgabenquote (D.2+D.5+D.61)			40,1	40,6	39	38 1/2	39	39
Ausgewählte Ausgaben								
17. Vorleistungen, Soziale Sachleistungen, Arbeitnehmerentgelt, sonstige Produktionsabgaben	P.2 D.63 D.1 D.29	464,5	18,6	20,2	20 1/2	20	20	19 1/2
18b. Monetäre Sozialleistungen	D.62	421,6	16,9	18,5	18 1/2	18	17 1/2	17
19=9.geleistete Vermögenseinkommen	EDP D.41	67,1	2,7	2,7	2 1/2	2 1/2	3	3
20. Subventionen	D.3	28,0	1,1	1,4	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2
21. Bruttoinvestitionen	P.51	37,4	1,5	1,7	2	1 1/2	1 1/2	1 1/2
22. sonstige Ausgaben		72,1	2,9	3,2	3	3	3	2 1/2
23=7. Ausgaben insgesamt	TE ¹	1090,7	43,7	47,6	48	47	46	45
nachrichtl.: Konsumausgaben (nominal)	P.3	451,8	18,1	19,6	20	19 1/2	19 1/2	19

1) Ein positives Vorzeichen zeigt Defizitreduzierungen an.

Tabelle 10: Entwicklung des Schuldenstandes des Staates („Maastricht“-Schuldenstand)

in vH des BIP	ESA Code	2008	2009	2010	2011	2012	2013
1. Schuldenstand		65,9	72 1/2	76 1/2	79 1/2	81	82
2. Veränderung des Schuldenstands		2,7	4	5 1/2	5	4	3
Beiträge zur Veränderung des Maastricht-Schuldenstandes							
3. Primärsaldo		-2,7	0,6	3	2	1/2	-1/2
4. geleistete Vermögenseinkommen	EDP D.41	2,7	2,7	2 1/2	2 1/2	3	3
5. sonstige Anpassungen		2,7	1	0	1/2	1/2	1/2

Tabelle 11: Gegenüberstellungen der Projektionen des Stabilitätsprogramms Januar 2010 und des Stabilitätsprogramms Januar 2009

	ESA Code	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Veränderung des realen BIP in vH							
vorherige Schätzung		1,3	-2,3	1	1	1	
aktuelle Schätzung		1,3	-5,0	1,4	2	2	2
Differenz		0,0	-2 1/2	0	1/2	1/2	
Finanzierungssaldo (in % des BIP)	EDP B.9						
vorherige Schätzung		0,0	-3	-4	-3	-2 1/2	
aktuelle Schätzung		0,0	-3,2	-5 1/2	-4 1/2	-3 1/2	-3
Differenz		0,0	-1/2	-1 1/2	-2	-1	
Schuldenstand (in % des BIP)							
vorherige Schätzung		65,4	68 1/2	70 1/2	71 1/2	72 1/2	
aktuelle Schätzung		65,9	72 1/2	76 1/2	79 1/2	81	82
Differenz		-0,5	-4	-6	-8	-8 1/2	

Tabelle 12: Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2009 bis 2013⁽¹⁾

	ESA Code	2009	2009	2010	2011 bis 2013 ⁽⁴⁾
		Index	Veränderung p.a. in %		
BIP preisbereinigt, Kettenindex	B1g	104,75	-5,0	1,4	2
BIP in jeweiligen Marktpreisen (Mrd. Euro)	B1g	2404,40	-3,7	2,0	3
Verwendung des BIP preisbereinigt, Kettenindex					
Private Konsumausgaben⁽²⁾	P.3	103,32	0,4	-0,5	1
Staatliche Konsumausgaben	P.3	109,93	2,7	2,0	1/2
Bruttoanlageinvestitionen	P.51	96,84	-8,6	2,1	4
Vorratsveränderungen (BIP-Wachstumsbeitrag)⁽³⁾	P.52 + P.53	-	-0,8	0,1	0
Export	P.6	143,89	-14,7	5,1	3
Import	P.7	134,06	-8,9	3,4	2 1/2
BIP-Wachstumsbeiträge⁽³⁾					
Inlandsnachfrage (ohne Vorräte)		-	-0,9	0,5	1 1/2
Vorratsveränderungen	P.52 + P.53	-	-0,8	0,1	0
Außenbeitrag	B.11	-	-3,4	0,8	1/2

- (1) 2009: Vorläufiges Jahresergebnis des Statistischen Bundesamtes Januar 2010;
2010: Ergebnisse der Jahresprojektion 2010;
2011 bis 2013: an die Ergebnisse der Jahresprojektion angepasste mittelfristige Projektion Januar 2010.
- (2) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
- (3) Beitrag zur Zuwachsrate des BIP.
- (4) Auf ½ gerundet.

Tabelle 13: Preisentwicklung – Deflatoren⁽¹⁾

	ESA Code	2009	2009	2010	2011 bis 2013 ⁽³⁾
		Index	Veränderung p.a. in %		
BIP		111,29	1,4	0,6	1
Private Konsumausgaben⁽²⁾		112,90	0,1	1,1	1 1/2
Staatliche Konsumausgaben		109,57	1,7	1,5	1 1/2
Bruttoinvestitionen		106,30	-0,5	-0,4	1
Exporte		98,44	-3,0	0,6	2
Importe		95,91	-6,1	1,4	2 1/2

- (1) 2009: Vorläufiges Jahresergebnis des Statistischen Bundesamtes Januar 2010;
2010: Ergebnisse der Jahresprojektion 2010;
2011 bis 2013: an die Ergebnisse der Jahresprojektion angepasste mittelfristige Projektion Januar 2010.
- (2) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
- (3) Auf ½ gerundet.

Tabelle 14: Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt⁽¹⁾

	ESA Code	2009	2009	2010	2011 bis 2013 ⁽⁴⁾
		Level	Veränderung p.a. in %		
Erwerbstätige (Inland) (Mio.)		40,242	-0,1	-1,0	1/2
Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen (Mrd. Stunden)		55,92	-2,9	0,3	1
Erwerbslosenquote (Level, %)		-	7,6	8,3	8
Arbeitsproduktivität⁽²⁾ (2000=100)		101,89	-4,9	2,4	1 1/2
Arbeitsproduktivität ⁽³⁾ (2000=100)		108,01	-2,2	1,1	1
Arbeitnehmerentgelte (Mrd. €)	D.1	1223,09	-0,1	-0,2	2 1/2
Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer (€)		34134	0,0	0,9	2

- (1) 2009: Vorläufiges Jahresergebnis des Statistischen Bundesamtes Januar 2010;
2010: Ergebnisse der Jahresprojektion 2010;
2011 bis 2013: an die Ergebnisse der Jahresprojektion angepasste mittelfristige Projektion Januar 2010.
- (2) Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen.
- (3) Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde.
- (4) Auf ½ gerundet.

Tabelle 15: Salden der Sektoren⁽¹⁾

in % des BIP	ESA Code	2009	2010	2011 ⁽³⁾	2012 ⁽³⁾	2013 ⁽³⁾
1. Finanzierungssaldo gegenüber der übrigen Welt	B.9	-4,5	-4,9	-5	-5 1/2	-5 1/2
<i>darunter</i>						
-Saldo Waren und Dienstleistungen		4,1	4,6	4 1/2	5	5
-Saldo Primäreinkommen und Transfers		0,4	0,3	1/2	1/2	1/2
- Vermögenstransfers		0,0	0,0	-0	0	0
2. Finanzierungssaldo der privaten Haushalte⁽²⁾	B.9	6,1	6,2	6	5 1/2	5
3. Finanzierungssaldo des Staates	EDP B.9	-3,2				

(1) 2009: Vorläufiges Jahresergebnis des Statistischen Bundesamtes Januar 2010;

2010: Ergebnisse der Jahresprojektion 2010;

2011 bis 2013: an die Ergebnisse der Jahresprojektion angepasste mittelfristige Projektion Januar 2010.

(2) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

(3) Auf ½ gerundet.

Tabelle 16: Annahmen⁽¹⁾

	2009	2010	2011 bis 2013
Kurzfristige Zinsen (Jahresdurchschnitt)	1,0	1,0	1,0
Langfristige Zinsen (Jahresdurchschnitt)	-	-	-
US-Dollar/Eurowechsellkurs (Jahresdurchschnitt)	1,39	1,48	1,48
Nominaler effektiver Wechselkurs	-	-	-
Wechselkurs gegenüber Euro (Jahresdurchschnitt); Nicht-Euroraum, WKM II-Länder	-	-	-
Weltwirtschaftswachstum ohne EU	-	-	-
BIP EU-27	-	-	-
Wachstum deutscher Absatzmärkte	-	-	-
Weltimportvolumen ohne EU	-	-	-
Ölpreis (Brent, USD/Barrel)	62	75	75

(1) technische Annahmen

Dokument: 08015.doc

Stand: 04.02.2010, 08:12 Uhr, BMF-0-15-6